Herausgeber: » **Initiative abrüsten statt aufrüsten** «

Abrüsten statt Aufrüsten

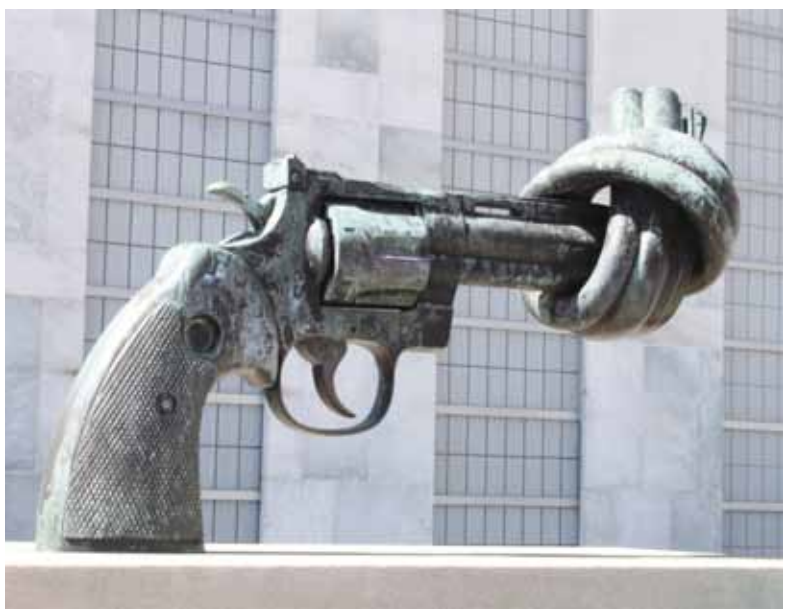
» Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben – Abrüsten ist das Gebot der Stunde «

| September 2018 |

„Abrüsten statt Aufrüsten“ – das ist das Gebot der Stunde
(DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann am 1. September)

Eine neue Dimension der Ablehnung und des Protestes gegen Aufrüstung ist möglich.

Mehr als 200 Veranstaltungen zum Antikriegstag liegen hinter uns, Tausende wandten sich gegen die fortgesetzte Aufrüstung. Mehr als in all den Jahren davor waren es auch gemeinsame Veranstaltungen von Friedensbewegung und Gewerkschaften, Veranstaltungen der Gewerkschaften wurden von der Friedensbewegung aktiv unterstützt.



Skulptur Non Violence – „Der Knoten im Revolver“ von Carl Frederik Reuterswärd vor dem UN-Gebäude in New York | © Lucas wirl

Sie einte die Grundgedanken, die der DGB Vorsitzende Reiner Hoffmann in seinem Gastbeitrag in der „Frankfurter Rundschau“ am 01.09.2018 folgendermaßen zum Ausdruck brachte.

„Wir leben in einer Zeit tiefer Umbrüche: Die internationale Nachkriegsordnung ist aus den Fugen geraten. Die Hoffnung, dass das Ende des Kalten Krieges ein Zeitalter der Entspannung einläuten würde, hat sich als Illusion erwiesen. Das Risiko von militärischen Auseinandersetzungen ist so groß wie seit 1989 nicht mehr. Rund um den Globus toben mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte. Umso wichtiger ist der Einsatz für Frieden, Demokratie und Freiheit – von Gewerkschaften, aber auch von Parteien und Zivilgesellschaft.

Denn machen wir uns nichts vor: Genau die Ideologien und Überzeugungen, die schon damals Hass statt Verständigung geschürt haben, sind wieder auf dem Vormarsch: Der Nationalismus und sein Bruder, der Me-First-Protektionismus, und mit ihnen breiten sich autoritäre, autokratische und rechtspopulistische Regime aus. Wachsende Instabilität prägt das internationale Geschehen.

Die Folge: Nie sind so viele Menschen auf der Flucht gewesen. Heute sind es weltweit 68,5 Millionen, die ihre Heimat verlassen haben, viele, weil dort Krieg oder Bürgerkrieg herrscht.

Hinzu kommt die Aufrüstungsspirale der Nationalisten als Antwort auf die Weltunordnung: Die globalen Rüstungsausgaben sind mit über rund 1,7 Billionen US-Dollar so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, Großmächte wie die Vereinigten Staaten, Russland, China und Indien liefern sich ein atomares Wettrüsten.

Statt sich gegen diese falsche Antwort zu stemmen, will die Nato die Verteidigungsausgaben der Bündnispartner weiter steigern. Ihre Rüstungsetats sollen bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anwachsen. Alleine für die Staaten Europas würde dies bedeuten, dass ihre Militärausgaben von derzeit 500 Milliarden auf 800 Milliarden Euro anwachsen.

Dieses Geld wird aber viel dringender an anderer Stelle gebraucht: für Investitionen in Bildung, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine gerechte und ökologische Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende, für mehr soziale Sicherheit und für die Bekämpfung von Fluchtursachen.“

Die Veranstaltungen zum 01.09.2018 standen im Schatten der bedrückenden Ereignisse von Chemnitz, zeigten aber auch den breiten antifaschistischen Konsens „Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus“ und den engen Zusammenhang zwischen Krieg und Hochrüstung als Fluchtursache und die Notwendigkeit, materielle Ressourcen nicht für die Rüstung herauszuwerfen sondern für dringende soziale Leistungen, für Bildung und gesellschaftlichen Zusammenhalt bereitzustellen.

Auf fast allen Veranstaltungen sammelten Kolleginnen und Kollegen aus den Gewerkschaften und der Friedensbewegung Unterschriften unter dem Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“. Noch (04.09.2018) haben wir keinen endgültigen Überblick über die gesamte Anzahl der gesammelten Unterschriften, es werden aber Tausende sein. Sie haben uns einen deutlichen Schritt weitergebracht, in der Schaffung einer breiten Bewegung für Abrüstung. Sie verdeutlichten aber auch, 85.000 Unterschriften sind erst der Beginn.

Wie notwendig weitere Aktivitäten gegen die Hochrüstung sind, zeigen zwei Nachrichten der letzten Tage:

- Im Haushalt 2019 soll der Verteidigungshaushalt um 11,9% auf 42,4 Milliarden Euro erhöht werden. Dieses ist die höchste jährliche Erhöhung dieses Etats seit mindestens 30 Jahren

- Das Verteidigungsministerium hat für das sogenannte „Fähigkeitsprofil“ der Bundeswehr vom Finanzminister für das Jahr 2024 60 Milliarden für Krieg und Rüstung gefordert.

Diese Fakten unterstreichen die Entwicklung, die die Stiftung „Wissenschaft und Politik (SWP)“ vorgezeichnet hat. Die 2% des Bruttosozialproduktes, die die Bundesregierung und die NATO für Rüstung ausgeben wollen, bedeuten für Deutschland nach Berechnungen von SWP für 2024/25 ca. 85 Milliarden.

Was für eine gigantische Verschwendung von Ressourcen, was für eine Steigerung der Gefahren von weltweiten Kriegen. Wir wissen doch: alle Waffen, die entwickelt und produziert werden, werden auch eingesetzt, entweder durch die Bundeswehr selbst oder über Rüstungsexporte irgendwo weltweit.

Dabei wird das Geld so dringend gebraucht: Wie heißt es im Aufruf „abrüsten statt aufrüsten“:

„Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen. So bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.“

Oder für eine Herausforderung, die nicht neu ist, aber mit neuer Brisanz auf die Welt und die Politik zukommt: die Finanzierung des Wiederaufbaus Syriens: Das Leid der Millionen Menschen – dort Lebenden und Geflüchteten – erfordert vielfältige Hilfe. Wir brauchen ein umfassendes Aufbauprogramm für dieses so zerstörte Land! Das sollte durch Abrüstung bezahlt werden. Anstatt weitere Ressourcen für die Aufrüstung bereit zu stellen, sollte die Bundesregierung diese Finanzen für den Wiederaufbau Syriens und die durch Krieg zerstörte Region zur Verfügung stellen. Das wäre Verantwortung für den Frieden!

Die Fortsetzung der Unterschriftensammlung bleibt auf der Tagesordnung:

Im September werden wir symbolisch die bisher gesammelten Unterschriften (Zwischenstand) an die Fraktionen des Deutschen Bundestages (mit Ausnahme der AFD) im Rahmen der 1. Lesung des Bundeshaushalts übergeben.

Der Herbst könnte zu aktiven Monaten ausgedehnter Unterschriftensammlungen bei den unterschiedlichen Aktionen der Friedensbewegung werden. Die Menschen wollen nicht mehr Rüstung sondern Frieden und Abrüstung. Deswegen intensivieren wir die Sammlung bei den Infoständen (wenn es deutlich mehr werden würden), bei eigenen Veranstaltungen oder bei denen, die wir besuchen. Jede Unterschrift ist eine kleine Aktion, hilft Nichtstun und Stillstand zu überwinden, zeigt: es geht. Die öffentlichen Diskussionen über den Bundeshaushalt 2018 sollten wir nutzen, unsere Alternative Abrüstung zu propagieren, überall da wo TINA gepredigt und das Lied: es ist kein Geld da, gesungen wird, zeigen wir die Alternative auf und werben für diese.

Es gibt keinen Grund, die so erfolgreich begonnene Unterschriftensammlung zu beenden, im Gegenteil, sie muss ausgeweitet werden.

Mehr Aktionen sind notwendig – bundesweite dezentrale Demonstrationen

Jede Unterschrift hilft und zeigt, wir werden mehr. Wir müssen aber auch wieder heraus mit unseren Forderungen auf die Straßen und Plätze dieses Landes. Frieden und Abrüstung muss wieder laut durch die Straßen klingen und von den Plätzen schallen. Deswegen hat die Aktionskonferenz "abrüsten statt aufrüsten" in Frankfurt folgendes vorgeschlagen und der Arbeitsausschuss der Kampagne unterstützt dieses aktiv und vielfältig: Lasst uns am Wochenende 01.-04.11.2018 überall in dieser Republik dezentral demonstrieren und auf die Straße gehen, je mehr Aktionen, je mehr Demonstrationen, umso besser.

Wir wollen Protest und Widerstand zeigen. Die zu dieser Zeit stattfindende 2. und 3. Lesung des Bundeshaushaltes sind eine gute Gelegenheit, unsere Forderung der Öffentlichkeit und der Politik zu zeigen und zu verdeutlichen.

Es ist jetzt Zeit, diese Aktionen vorzubereiten:

- Kann es auch in eurer Stadt eine Demonstration geben? Wenn ja, wer übernimmt die Initiative, zu einem Vorbereitungstreffen einzuladen? Gibt es vielleicht auch bei euch, wo es lange keine Friedensaktion mehr gab, die Chance, erstmals für den Frieden zu demonstrieren?

- Wer macht alles mit, wen wollen wir ansprechen, wen bekommen wir mit ins Boot? Breite und Vielfalt sind ein Markenzeichen von „abrüsten statt aufrüsten“.

- Wie können wir die Demonstration bunt, vielfältig, lebendig und attraktiv gestalten?

Wir wenden uns an alle UnterzeichnerInnen und UnterstützerInnen: Bereitet mit uns die Aktionen vor. Es ist Zeit öffentlich Flagge für Abrüstung zu zeigen. Lasst uns die Republik Anfang November in das Zeichen von Abrüstung setzen.

Frieden und Abrüstung braucht Bewegung – wir schaffen sie.

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN
www.abruesten.jetzt

Im Zusammenhang mit der 2. und 3. Lesung des Bundeshaushaltes – plus 12% für Rüstung ruft “abrüsten statt aufrüsten“ auf:

Bundesweite dezentrale Demonstrationen

in Städten, Dörfern und Gemeinden vom 01.11. - 04.11.2018. Überall auf den Straßen der Republik – vielfältige Proteste gegen Hochrüstung – **jetzt gemeinsam vorbereiten**

Keine Rüstungsexporte an Diktatoren!

Keine Waffen an Diktatoren! Es ist schändlich, dass die Bundesregierung Waffen und Rüstungsgüter an Staaten wie Ägypten, die Türkei, Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate, die auch am Krieg im Jemen beteiligt sind, liefert. Sie macht sich mitschuldig an Völkerrechtsbruch, Krieg und dem vielfachen Leiden von Menschen. Deutschland braucht auch endlich ein Gesetz zur restriktiven Regelung von Rüstungsexporten. Exporte in Krisengebiete darf es nicht weiter geben.

Daher unterstützte ich den Aufruf „abrüsten statt aufrüsten". Es ist Zeit für eine breite Bewegung von Gewerkschaften bis Umweltverbänden, von Parteien und Zivilgesellschaft. Erst Mitte Juni haben Friedensforscher in ihrem Gutachten erneut gefordert, dass in Deutschland endlich Abrüstung wieder auf die Agenda kommt, sei es angesichts der Aufrüstungsbestrebungen in Russland oder in den USA.

Ich bin überzeugt davon, dass mehr Transparenz rund um die Entscheidungen für Rüstungsexporte ein wichtiger Baustein für die Verminderung der Exporte ist. In der Vergangenheit haben schmutzige Deals im Hinterzimmer immer wieder für Empörung gesorgt, meist war es dann zu spät. Daher wäre mehr Transparenz präventive Exportverhinderung und damit auch Konfliktvermeidung.

Deshalb gilt es an drei Stellen anzusetzen:

1. Wir müssen Licht in die Dunkelkammer des Bundessicherheitsrats bringen: Die Beschlüsse des Bundessicherheitsrats dürfen nicht länger höchster Geheimhaltung unterliegen. Die Bundesregierung muss ihre Entscheidungen außen- und sicherheitspolitisch begründen. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit in unserer Demokratie - denn nur dann können Parlament und Öffentlichkeit reagieren.
2. Parlamentarische Kontrolle und Verantwortung: Das Parlament muss auch in der Rüstungsexportpolitik seine Kontrollfunktion gegenüber der Bundesregierung voll ausüben können. Dazu muss es umfangreicher und früher als bisher informiert werden und ein aufschiebendes Vetorecht für Exporte in Drittländer erhalten. Nur so ist es in der Lage, die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung effektiv zu kontrollieren.
3. Klagerechte einräumen: Nicht-Regierungsorganisationen brauchen eine Möglichkeit, gegen Genehmigungen für Rüstungsexporte zu klagen und diese überprüfen zu lassen. Damit wäre neben dem Parlament eine weitere, gesellschaftliche Kontrollinstanz geschaffen.

Michael Kellner, Politischer Geschäftsführer der Partei Bündnis 90/Die Grünen

© Rasmus Tanck

Prävention, Friedens- und Entwicklungspolitik stärken

Am 2. Mai 2018 hat das Bundeskabinett die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2018 beschlossen und darin für das Jahr 2018 rund 900 Millionen Euro mehr für Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen.

Entwicklung muss jedoch nachhaltig sein und ist eine langfristige Aufgabe. Da in den kommenden Jahren solche Aufwüchse nicht mehr vorgesehen sind, wird Deutschland es nicht schaffen, seine Verpflichtung, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklung und humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen, einzuhalten. Nach jetziger Finanzplanung würden die Ausgaben 2019 unter 0,5 Prozent und dann noch stärker sinken.

Ganz anders steht es mit der Ausgabenplanung für Rüstung: Hier wurde eine Steigerung bis 2024 auf 1,5 % des BIP angekündigt. Das von den USA und der NATO gesetzte Diktum einer 2 % Steigerung für Sicherheit sollte nicht dazu führen, Ausgaben für Sicherheit mit Rüstungsausgaben zu verwechseln. Es gibt schwerlich Evidenz dafür, dass militärische Interventionen oder die Aufrüstung von Kriegsakteuren weltweit einen Beitrag zu Frieden und Stabilität gebracht hätten – siehe z.B. Afghanistan, Irak, Libyen, Jemen, Syrien. Es gibt auch keinen Beweis, dass Entwicklungszusammenarbeit und zivile Maßnahmen der Konfliktlösung etwa nicht zum Frieden und Stabilität beitragen hätten und noch mehr beitragen könnten, würde man sie mit mehr Ressourcen ausstatten. Frieden braucht Entwicklung und Entwicklung braucht Frieden. Die Bundesregierung sollte deshalb für den internationalen Beitrag zum Frieden Aufwüchse für zivile Instrumente (Ziviler Friedensdienst, ziviles Personal und Polizeikräfte für internationale Friedensmissionen, Mediation, Unterstützung beim Aufbau von Justiz und Rechtsstaatlichkeit) und für die Erreichung der Sustainable Develpoment Goals vorsehen, bzw. in der EU erkämpfen. Im Sinne der 2017 vom Bundeskabinett beschlossenen Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern" sollte vor allem in Prävention investiert werden, sowie in humanitäre Hilfe und Konfliktnachsorge, Unterstützung von Zivilgesellschaft, Institutionen für Streitschlichtung und Menschenrechtsschutz, Aufarbeitung und Aussöhnung in Nachkriegsregionen.

Dies gilt es auch auf EU-Ebene zu verteidigen: Die EU Kommission hat am 2. Mai Vorschläge für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021-27 vorgelegt. Sie sehen u.a. vor, einige zuvor eigenständige Budgets (z.B. die Instrumente für „Demokratie und Menschenrechte" und „Stabilität und Frieden") in einem einzigen großen Topf für „Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Kooperation" zusammenzufassen. Dieser soll einen „starken Fokus auf Migration" haben und auch Maßnahmen zur „Ertüchtigung" von Polizei und Armeen in Partnerländern (z.B. im afrikanischen Raum) finanzieren. Wenn es keine Zweckbindung für Entwicklungsausgaben, Menschenrechtsschutz und Förderung der Demokratie sowie friedenssichernde und –stabilisierende zivile Maßnahmen gibt, werden diese zunehmend hinter die Finanzierung von Maßnahmen, die sicherheitspolitischen Zielen der EU-Mitglieder (der Abwehr von Flüchtlingen und Migranten) dienen, zurückgedrängt werden – erst recht, wenn mehr Regierungen innerhalb der EU nach rechts abdriften. Auch die Bundesregierung hat 2016/17 Ausgaben für Flüchtlingsunterbringung und Integrationsmaßnahmen im Inland dem Entwicklungsetat – und damit der Erreichung des 0,7 Prozent-Zieles - zugeschrieben. Regierung und Parlament sollten sich der Zweckentfremdung und Instrumentalisierung von Entwicklungspolitik endlich widersetzen und sicherstellen, dass diese vor allem diejenigen fördert, denen es an täglicher sozialer, ökonomischer, politischer Sicherheit, an Menschenrechten und politischen Beteiligungschancen fehlt.

Dr. h.c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Präsidentin von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe

Beschluss des DGB

Die NATO Planung, die Rüstungsausgaben auf 2 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP), zu erhöhen, bedeutet für Deutschland nahezu eine Verdopplung der Militärausgaben.

Das 2-Prozent-Ziel der NATO, das von der Trump-Regierung vehement eingefordert wird, sichert nicht den Frieden, sondern führt zu einer neuen Rüstungsspirale.

Zwei Prozent des BIP für Rüstungsausgaben – das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen: für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende und für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit.

Deutschland braucht mehr zivile Strategien zur Friedenssicherung, die an den Ursachen von Kriegen und Konflikten ansetzen. Hierzu gehören vor allem ein fairer Welthandel, eine gerechtere Verteilung des weltweiten Reichtums sowie soziale und ökologische Entwicklungs- und Klimaschutzprojekte.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine stärkere und bessere Kontrolle von Waffenexporten ein. Wir lehnen Waffenexporte in Krisen- und Konfliktgebiete sowie an diktatorische oder autokratische Regime grundsätzlich ab. Deutschland darf nicht länger Staaten und Konfliktparteien mit Waffen versorgen, die Krieg, Gewalt und Unterdrückung als Mittel der Politik verstehen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen bewaffnete Interventionen ohne UN-Mandat ab.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich gegen das 2-Prozent-Ziel bei Rüstungsausgaben zu engagieren.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern stattdessen verstärkte Initiativen für Abrüstung und Rüstungskonversion und unterstützen deshalb die Petition „Abrüsten statt Aufrüsten".

Der DGB und seine Gliederungen werden ihre Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen ebenso wie ihr Engagement und ihre Öffentlichkeitsarbeit für Frieden, Abrüstung und internationale Konfliktlösungen weiter verstärken, um zu verhindern, dass das 2-Prozent-Ziel bei den Rüstungsausgaben verwirklicht wird.

Friedensaktivist*innen versammelten sich anlässlich des Antikriegstags in Berlin © Uwe Hiksch

Der Einsatz deutscher Kampfdrohnen droht

Der Verteidigungsausschuss und der Haushaltsausschuss im Bundestag haben einer erstmaligen Anschaffung von bewaffnungsfähigen Drohnen für die Bundeswehr zugestimmt. Sie legten fest, dass für die Drohnen zunächst weder Waffen beschafft werden dürfen, noch eine Ausbildung von Soldat*innen für den Einsatz von Waffen stattfinden darf. Dennoch verurteilt die ärztliche Friedensorganisation IPPNW die Entscheidung für bewaffnungsfähige Drohnen, die vor einer öffentlichen Debatte über rechtliche und ethische Bedenken bezüglich des Einsatzes von Kampfdrohnen getroffen wurde. Das Leasing der Heron TP könnte die Koalitionspartner in Zugzwang bringen, die Waffenfähigkeit des bereits angeschafften teuren Drohnensystems auch zu nutzen.

Die IPPNW fordert eine parlamentarische Debatte unter Einbeziehung von Expert*innen und der Zivilgesellschaft über die Legalität, über ethische Fragen sowie über die humanitären Folgen eines Einsatzes von Kampfdrohnen. „Mit der Entscheidung für ein Leasing der Heron TP wird eine zukünftige Bewaffnung der Drohnen wahrscheinlicher“, kritisiert IPPNW Vorstandsmitglied Susanne Grabenhorst. Auch werde damit die Herstellung und Erprobung dieser inhumanen Waffen angetrieben. „Anstatt bewaffnungsfähige Drohnen zu leasen, sollte sich die Bundesregierung international gegen ihre militärische Nutzung einsetzen und die völkerrechtlichen Normen stärken“, so Grabenhorst.

Das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) weist darauf hin, dass der Einsatz von Kampfdrohnen in bewaffneten Konflikten in vielen Fällen völkerrechtswidrig ist. Ihr Einsatz führe aufgrund ihrer Ungenauigkeit zu hohen zivilen Opferzahlen. Die Grundlagen für die Auswahl von Tötungszielen werden nur selten und dann erst nachträglich bekannt gemacht und gerichtlich nicht überprüft. Wiederholte Drohnenangriffe haben verheerende psychische Folgen auf die Zivilbevölkerung in den Zielgebieten. Personen, die direkte Verwandte verloren haben, aber auch Menschen, die keine Opfer im familiären Umkreis zu beklagen haben, leiden unter Symptomen psychischer Erkrankungen, vor allem der Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS). Kinder und Frauen haben ein besonders hohes Risiko für eine Psychotraumatisierung. Aber auch das Militärpersonal, die sogenannten Drohnenoperatoren, leiden unter einer Vielzahl psychischer Störungen.

Aufgrund der derzeitigen Praxis des Drohneneinsatzes durch die USA, Israel, Großbritannien und weitere Länder droht außerdem eine Aufweichung völkerrechtlicher Normen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurden, um den Einsatz militärischer Gewalt zu beschränken.

Auszug aus einer Pressemitteilung der IPPNW vom 13. Juni 2018

Ankunft des Demozugs von „Frieden geht“ 2018 in Berlin | © Mohammad Hakim

Aufruf

Abrüsten statt aufrüsten!

Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart.

Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, Kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen: Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten.

Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben –
Abrüsten ist das Gebot der Stunde!

International:

ITUC für Abrüstung

Unsere Gewerkschaften kämpfen an vorderster Front für eine gerechtere Welt – für Frieden, Demokratie, Menschen- und Arbeitsrechte, Löhne, sozialen Schutz und Geschlechtergerechtigkeit; gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, und gegen sinnlose Privatisierung.

Die Demokratie verarmt, wenn 70 Jahre nach der Verabschiedung der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unser Index der globalen Rechte zeigt, dass die Demokratie im letzten Jahr in 54 Ländern abgenommen hat, und dass die Festnahmen von Gewerkschaftern und Gewerkschafterinnen auf allen Kontinenten zugenommen haben.

Es gibt weltweit mehr als 50 Konflikte und die Militärausgaben sind höher als während des zweiten Weltkriegs. Zusammen mit Reiner Braun, unserem Partner vom International Peace Bureau (IPB), sind wir entschlossen, zu einer Reduzierung der Militärausgaben aufzurufen. Wir wollen mehr Geld für friedliche Maßnahmen in den Bereichen der Bildung, der Gesundheit, der Kinder- und Altenpflege, und weniger für die gegenseitige Zerstörung, geschweige denn für das Leasing von unbemannten Kampfdrohnen oder Killerroboter, die heutzutage technologisch möglich sind.

Kolleginnen und Kollegen, Palästina muss eine Priorität sein. 50 Jahre der Besetzung! Lasst uns dafür sorgen, dass Palästina als Staat anerkannt wird!

Unsere gemeinschaftliche Unterstützung für die Rettungsaktionen der Weißhelme in Syrien hat einen Unterschied gemacht und ich danke auch dafür.

Es gibt noch soviel mehr das wir gegen die Greueltaten, die Frieden und Demokratie bedrohen, tun müssen.

Sharan Burrow, Generalsekräterin der International Trade Union Confederation (Internationaler Gewerkschaftsbund)

Friedens- und Umweltbewegung gehören zusammen!

Die Friedensbewegung und die Umweltbewegung haben die gleichen Ziele. Eine friedliche Welt, einen Friedensschluss zwischen den Menschen, einen Friedensschluss zwischen Mensch und Natur. Nur wenn wir diese gemeinsamen Ziele auch offensiv nach innen und nach außen vertreten haben wir auch eine Chance uns gegen diejenigen durchzusetzen, die an den Konflikten verdienen, die an der Zerstörung des Lebens verdienen, egal ob das menschliches, pflanzliches oder tierisches Leben ist. Deswegen ist der Friedensschluss zwischen Mensch und Natur eine unabdingbare Voraussetzung für die Erhaltung unseres Planeten.

Auch der Klimawandel ist eine Ursache für Konflikte, Konflikte um fruchtbare Böden, Konflikte um knappe Ressourcen, die auch für die Produktion im militärischen Bereich benötigt werden. Durch unsere Art des Produzierens und Konsumierens tragen wir zentral zu den wachsenden Konflikten bei. Um das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung zu realisieren gilt es die Friedensbewegung und die Umweltbewegung wieder stärker zusammenzubringen.

Hubert Weiger, BUND

© BUND

Beschluss des DNR

(Deutscher Naturschutzring)

Die Bundesregierung plant, 30 Milliarden Euro für Rüstungsausgaben aufzuwenden. Dadurch fehlen wichtige Investitionen im Bereich der Konfliktprävention. Umwelt- und Klimaschutz hingegen fördern und stärken einen nachhaltigen Frieden. Daher sind Investitionen in die Agenda 2030 zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens unerlässlich, um die Erderwärmung möglichst bei 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Der geplante Anstieg der Rüstungsausgaben gefährdet diese Ziele. Investitionen von 2% in Klimaschutz sorgen für mehr Sicherheit als 2% für Waffen.

Wettbewerb:

Visualisierung der Erhöhung der Rüstungsausgaben um 30 Mrd. €

Du findest auch, dass die von der Bundesregierung geplante Erhöhung der Rüstungsausgaben um 30 Milliarden Euro Wahnsinn ist? Dass Konfliktprävention das Ziel der deutschen Außenpolitik sein sollte und die militärische Aufrüstung gestoppt werden sollte? Und du hast ein Talent für grafische Gestaltung? Dann mache mit beim Wettbewerb der Initiative „abrüsten statt aufrüsten" zur Findung eines neuen Kampagnenmotivs!

Wir wollen, dass du die geplante Erhöhung der Rüstungsausgaben um 30 Milliarden Euro visualisierst, dabei sind deiner Kreativität keine Grenzen gesetzt. Dein Motiv sollte vielseitig verwendbar sein, wir wollen es sowohl als Plakatmotiv als auch auf Social Media verwenden. Idealerweise sollte eine Variante des Plakats auch als Aufkleber funktionieren. Wichtig ist, dass deine Einreichung die Ziele der Initiative ansprechend, aber möglichst griffig und verständlich darstellt. Dabei sollte die Erhöhung der Rüstungsausgaben inhaltlich im Fokus stehen. Unsere Webseite www.abruesten.jetzt soll auf dem Plakat erwähnt werden.

- Schicke dein Motiv als PSD und JPG bis zum 8.10.2018, 12 Uhr, an info@abruesten.jetzt

Wenn dein Motiv gewinnt, wird es als offizielles Plakatmotiv deutschlandweit verwendet werden! Die komplette Ausschreibung findest du auf unserer Webseite www.abruesten.jetzt

Jury

- Stefanie Berg (Beraterin Marketing)
- Philipp Ingenleuf (Netzwerk Friedenskooperative)
- Melanie Stitz (Redakteurin „Wir Frauen")
- Horst Trapp (Kampagne Stop Ramstein)
- Uwe Wötzel (ver.di)

Preise

- Erster Platz: Offizielles Kampagnenmotiv der Initiative „abrüsten statt aufrüsten" für zahlreiche Aktionen im Herbst 2018, Verwendung auf Plakaten und im Online-Campaigning
- Zweiter bis fünfter Platz: Plakatbuch der Friedensbewegung
- Ausstellung der Gewinnermotive auf der Konferenz

Demonstration „Stopp Airbase Ramstein" 2018 | © Lucas Wirl

»Abrüsten statt Aufrüsten«

Dieser Appell aus der Gesellschaft braucht Unterstützung, Hilfe und viele, die mit gestalten und mit bestimmen wollen:

- Unterzeichnet ihn online **www.abruesten.jetzt** und fordert Kolleginnen und Kollegen auf, es auch zu tun. Über 70.000 Unterschriften sind erst ein Anfang.
- Sammelt Unterschriften, wo ihr arbeitet und lebt. Die Listen können unter **www.abruesten.jetzt** zur sofortigen Nutzung herunter geladen werden.
- Jede Veranstaltung ist Aufklärung, jeder Informationsstand verbreitert unser Anliegen und hilft Unterschriften zu sammeln.
- Nutzt die nächste Friedensaktion, die nächste Demonstration und Kundgebung zur Unterschriftensammlung, viele sind interessiert und freuen sich, angesprochen zu werden.
- Helft mit in eurer Initiative, in eurer Lokalgruppe, den Basisgruppen von Parteien und Gewerkschaften für diesen Aufruf zu werben. Kein Gespräch, kein Auftritt ist umsonst, sicher auch im Sportverein, vielleicht auch in der Disco.
- Ist der Aufruf schon auf Deiner Facebook Seite, hast Du ihn schon „geliked", deine Freundinnen und Freunde eingeladen und alle auf die Webseite **www.abruesten.jetzt** und die Unterschriftensammlung hingewiesen?
- Hast du den Aufruf schon auf Twitter verbreitet?
- "Du bist der Aufruf", da wo du dich engagierst, wirke für "**www.abruesten.jetzt**", ganz individuell, selbstbestimmt und erfolgreich.

Wir brauchen eine große gesellschaftliche Debatte um das Zukunftsthema „Wie wollen wir leben?": mit Kriegsvorbereitung, Konfrontation und Sozialabbau oder für Gerechtigkeit, Selbstgestaltung und Solidarität – ohne Abrüstung wird das alles nichts. Deswegen mach auch Du und Ihr mit, bei der größten Herausforderung: Kriege verhindern, Abrüstung durchsetzen, Gerechtigkeit schaffen. Viele sind schon dabei, es kann eine Bewegung werden – durch Dich und Euch! Nur eine Zahl mit vielen Nullen schafft Eindruck und Aufmerksamkeit.

Wir unterstützen den Aufruf:

Listen zum Herunterladen und weitere Informationen: **www.abruesten.jetzt**

Name	Vorname	E-Mail / Adresse	Stadt	a*	b*

Bitte schicken Sie die Unterschriftenliste an:
Netzwerk Friedenskooperative, Römerstraße 88, 53111 Bonn oder Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt Wilhelm-Leuschner

*** Bitte ankreuzen:**
a) Mit der Veröffentlichung meines Namens bin ich einverstanden
b) Weitere Informationen erwünscht

Statt Aufrüstung – Frieden sponsern

Liebe Friedensfreundin, lieber Friedensfreund, liebe Kollegin, lieber Kollege,

die drohende weitere Aufrüstung bahnt sich bei den nächsten Haushaltsberatungen an. Die NATO Vorgabe, dass in den nächsten Jahren 2% des Bruttosozialproduktes unseres Landes für Militär und Rüstung ausgegeben werden sollen, wird von der Bundesregierung von Jahr zu Jahr mehr realisiert. 75 Milliarden oder 20% des Bundeshaushaltes für Waffen und Rüstung bedeuten immer weniger für Soziales, für Bildung, Wissenschaft und Umwelt. Wir wollen uns mit dem Aufruf „abrüsten satt aufrüsten" dem entgegenstellen und eine Wende zu mehr sozialer Gerechtigkeit durchsetzen. Dazu brauchen wir viel örtliche und regionale Unterstützung, wir brauchen die Aktiven vor Ort aber auch finanzielle Unterstützung.

Die Zeitung, die Webseite, kleine Anzeigen, Veranstaltungen, das Erstellen von Informationsmaterial – alles kostet Geld.

Wir freuen uns über jede – auch noch so kleine – Spende. Bitte helft mit, unseren Aufruf zu einem mobilisierenden Beitrag für Frieden und Entspannung in kriegerischen Zeiten zu entwickeln. Helft mit, damit unser Aufruf dazu beitragen kann, die Weichen endlich in Richtung Abrüstung umzustellen.

Bitte spendet auf das Konto:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822
Stichwort: Abrüsten jetzt
(Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.)

Anzeige

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

HECKLER & KOCH: EIN SCHMUTZIGER WAFFENDEAL VOR GERICHT

Der Vorwurf: Mehrere tausend G36-Sturmgewehre sollen in mexikanische Bundesstaaten geliefert worden sein, für die es keine Exportgenehmigung gab. Der Prozess begann am 15. Mai in Stuttgart. Rüstungsexperte **Jan van Aken** beobachtet den Prozess für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Das Dossier zum Prozess gegen Heckler & Koch unter **www.rosalux.de/dossiers/waffen-exporte/**

Reinhart Kössler/Henning Melber
KOLONIALE AMNESIE
Zum Umgang mit der deutschen Kolonialvergangenheit
Standpunkte 9/2018
Download: www.rosalux.de/publikation/id/39030

Kontakt:

Initative abrüsten statt aufrüsten | Marienstraße 19/20, 10117 Berlin | Tel.: 030 20654857 | Fax: 030 3199668 | Facebook: Abrüsten Jetzt | E-Mail: info@abruesten.jetzt | Web: www.abruesten.jetzt | Bestellung der Zeitung über unsere Website: www.abruesten.jetzt/zeitung

Impressum:

Redaktion: Reiner Braun, Kristine Karch, Pascal Luig, Lucas Wirl
V.i.S.d.P.: Reiner Braun
Layout: www.Ronald-Schrodt.de